

Die Politik muß die Wende herbeiführen: 1993 Wachstum statt Rezession

Günter FehI, geb. 1923 in Stettin, war bis 1988 Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“. Er ist seit mehr als 25 Jahren wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

„Wie in der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg kann auch in der DDR die soziale Marktwirtschaft aus dem Nichts funktionieren, wenn die Weichen richtig gestellt werden.“ So sprach Bundeskanzler Helmut Kohl am 6. April 1990; die Währungsunion mit der DDR ab 1. Juli 1990 war damals bereits beschlossene Sache. Nach der Meinung des Bundeskanzlers und der Regierungskoalition in Bonn sollte die Einführung der D-Mark und der Marktwirtschaft, begleitet von der westdeutschen Sozialgesetzgebung, im wesentlichen ausreichen, um in Ostdeutschland den Anstoß zu einem neuen „Wirtschaftswunder“ zu geben. Privatisierung war die Devise. Staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf wurden strikt abgelehnt; der Staat sollte sich überhaupt aus der Wirtschaftspolitik zurückziehen.

Dieser blinde Glaube an die Selbstregulierungskräfte des Marktes entsprach ganz und gar den Vorstellungen der Neokonservativen, die in den achtziger Jahren die staatliche Wirtschaftspolitik nicht nur in der Bundesrepublik beherrschten, sondern auch als Reagenomics in den USA und als Thatcherismus in Großbritannien. In diesen beiden Ländern hatte die neokonservative Wirtschaftspolitik so schlimme Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft gebracht, daß Anfang der neunziger Jahre ein Umdenken in Politik, Wirtschaft und bei den Wählern einsetzte. Die Wahl Bill Clintons zum neuen US-Präsidenten ist ein Zeichen dieses Wandels. Nunmehr soll der Staat wieder stärker in den Wirtschaftsprozeß eingreifen.

Das Scheitern der neokonservativen Politik

Was die Bundesrepublik Deutschland anbelangt, so konnte sich die neokonservative Politik der Regierung Kohl nicht zur vollen Wirksamkeit entfalten, weil insbesondere die Gewerkschaften Widerstand leisteten und weil unser soziales Sicherungssystem erheblich besser ausgebaut ist als in den USA und in Großbritannien. Aber auch in

Deutschland kam das Aus für die neokonservative Politik. Sie scheiterte mit ihrem untätigen „Warten auf den Markt“ an der gewaltigen Aufgabe, die planwirtschaftlich ausgerichtete Ökonomie der ehemaligen DDR in eine moderne, auf den Weltmärkten wettbewerbsfähige Wirtschaft umzuwandeln und zugleich die Folgen des völligen Zusammenbruchs der ostdeutschen Märkte wenigstens abzuschwächen.

Fast alle Sachkenner, die Bundesbank und der Sachverständigenrat an ihrer Spitze, hatten 1990 vor einer Politik nach dem Leitwort „Der Markt wird es schon richten“ gewarnt. Die von ihnen für diesen Fall vorausgesagte Wirtschaftskrise ist in noch stärkerem Ausmaß tatsächlich eingetreten. Geradezu abenteuerlich waren die damaligen Behauptungen Kohls und seiner politischen Gesinnungsgenossen, die Vereinigung würde keine Steuererhöhung erfordern und die Belastungen seien derart gering, daß sie durch zusätzliche Kreditaufnahme finanziert werden könnten. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat des Jahres 1990, Oskar Lafontaine, wurde als Schwarzmalerei diffamiert, weil er, ebenso wie die Sachkundigen, auf die gewaltigen Belastungen hinwies, die durch den Einigungsprozeß wirtschaftlich und finanziell entstehen würden, und von der Regierung eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende forderte.

Schon im Dezember 1989, wenige Wochen nach dem Fall der Mauer, hatten Willy Brandt und der damalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel im Wissen um die gewaltigen Probleme des Einigungsprozesses die Einrichtung eines „Runden Tisches“ verlangt. Dies wurde damals von Kanzler, Regierung und Koalition ebenso abgelehnt wie alle späteren Forderungen der SPD, aber auch des DGB, nach einer gemeinsamen politischen Kraftanstrengung zur Bewältigung des Vereinigungsprozesses. Bis zum Sommer 1992 glaubten der Kanzler und seine Mannschaft, es allein schaffen zu können. Das hat sich als verhängnisvoller Irrtum erwiesen. Kostbare Zeit ist inzwischen vertan worden, in der neue, sichere Arbeitsplätze hätten geschaffen werden können.

Bei dieser Kritik am Verhalten der Regierung darf kein Mißverständnis aufkommen: Die Hauptschuld an der gegenwärtigen Misere trifft die früheren kommunistischen Machthaber in der DDR wie in der Sowjetunion und den anderen Staaten des „real existierenden Sozialismus“. Sie haben Wirtschaft und Gesellschaft in ihrem Machtbereich ruiniert. Dieses System hat mit seiner Mißwirtschaft bankrott gemacht. Deshalb sind die Ostmärkte, von denen die DDR-Bevölkerung zum Teil lebte, völlig zusammengebrochen. Und wer jetzt der Zeit nachtrauert, in der man für 20 Pfennig mit der Straßenbahn fahren konnte und 30 oder 35 Mark für die Wohnung bezahlte, dem muß gesagt werden, daß dies nur möglich war, weil die Infrastruktur völlig vernachlässigt wurde, weil die Bausubstanz verfiel, weil die Produktionsanlagen sich meist in einem, verglichen mit Westdeutschland, miserablen Zustand befanden und weil jahrzehntelang Raubbau an der Umwelt betrieben wurde. Die Folgen dieser katastrophalen Politik müssen jetzt die Bürger in den neuen Bundesländern, aber ebenso, durch die finanziellen Hilfen, die Bürger in den alten Bundesländern tragen.

Der Bundesregierung ist jedoch anzulasten, daß sie die durch den Bankrott des kommunistischen Systems entstandene Wirtschaftskrise unnötig verschärft hat. Sie hat zunächst offensichtlich das gigantische Ausmaß der Aufgabe, die durch den Vereinigungsprozeß ausgelöst wurde, völlig verkannt. Sie hat auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes gesetzt und eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik abgelehnt. Sie hat die durch den Einigungsprozeß auf Deutschland zukommenden Belastungen nicht in ihrer wirklichen Größe erkannt und Forderungen nach Steuererhöhungen, speziell nach einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, abgelehnt.

Grundbedingungen für einen „Pakt der Vernunft“

Damals, 1990/91, war die Bereitschaft, für die Vereinigung finanzielle Opfer zu bringen, groß. Diese Chance wurde von der Regierung vertan. Noch im letzten Sommer

wurde Kritik an der Abschaffung des ein Jahr zuvor eingeführten Solidarzuschlags zur Einkommensteuer als „Sozialneid“ diffamiert. Anstelle des einzigen einigermaßen sozialen Elements der Finanzierung der Einheit beschloß die Regierung lediglich die Heraufsetzung der Mehrwertsteuer von 14 auf 15 Prozent zum 1. Januar 1993.

Der Bundeskanzler und seine Mannschaft haben kein Konzept zur Bewältigung des Einigungsprozesses. Deshalb ist größte Skepsis berechtigt, wenn die Bundesregierung nunmehr die Länder und Gemeinden sowie Wirtschaft und Gewerkschaften zu einem Solidarpakt aufruft. Sicherlich hat Helmut Kohl angesichts der Entwicklung und der katastrophalen Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern einen Lernprozeß hinter sich. Kann aber wirklich angenommen werden, daß eine politische Führung, die bisher bei der Bewältigung des wirtschaftlichen Einigungsprozesses versagt hat, nunmehr eine völlig andere Politik betreiben kann: eine aktive Wirtschaftspolitik und eine Politik sozialer Gerechtigkeit bei der Finanzierung der Einheit? Das Bekanntwerden der von der Regierung geplanten Streichungen im sozialen Bereich (Kürzung von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und -hilfe, Kindergeld und so weiter) kann das Mißtrauen in die Regierungsabsichten nur verstärken. Wer eine weitere Belastung der Bürger mit niedrigem Einkommen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, überhaupt erwägt, verunglimpft das - für Sozialdemokraten und Gewerkschafter selbstverständliche - Bekenntnis zur Solidarität. Von einem „Solidaritätspakt“ kann unter diesen Voraussetzungen keine Rede sein.

Dessen ungeachtet besteht ein allseitiges Interesse daran, zu einer begrenzten Verständigung und Zusammenarbeit zu kommen, um die enormen Probleme des Vereinigungsprozesses besser lösen zu können. Vielleicht sollte man dabei auch eher von einem „Pakt der Vernunft“ sprechen, wie es das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vorgeschlagen hat. Wenn ein solcher Pakt erfolgreich sein soll, sind einige Grundbedingungen unerlässlich:

- Der Pakt muß offen, ohne Tricks und Hintergedanken ausgehandelt werden. Jeder Beteiligte muß seinen Beitrag akzeptieren können.
- Am Anfang muß eine umfassende Aufklärung über die wirtschaftliche Lage, die Schulden des Staates, die finanzielle Belastung und die Finanzierungsmöglichkeiten stehen.
- Der Pakt muß wirksam zum Neuaufbau in Ostdeutschland beitragen. Mit den von West nach Ost übertragenen Finanzmitteln muß sehr sparsam umgegangen werden.
- Die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft, die 93 Prozent zum gesamtdeutschen Sozialprodukt beiträgt, darf nicht gemindert werden.
- Der Pakt muß sozial und gerecht sein. Die heute bestehende „Gerechtigkeitslücke“ muß beseitigt werden, damit die Motivation der Westdeutschen, für den Aufbau Ost Belastungen hinzunehmen, nicht beeinträchtigt wird.
- Das politische Führungspersonal sollte mit seinem finanziellen Beitrag vorbildlich vorausgehen. „Der Pakt beginnt mit einer befristeten zehnprozentigen Senkung aller Minister- und Abgeordnetenbezüge. Er schließt eine entsprechende, freiwillige Senkung aller Managerbezüge (...) ein“, schlägt der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt vor.¹

Gesamtwirtschaftliche Stagnation - Rezession in der Produktion

Seit Mitte 1991 befindet sich die westdeutsche Volkswirtschaft in einer Abwärtsbewegung. Am Ende des Jahres 1992 ist es sachlich gerechtfertigt, von einer gesamtwirtschaftlichen Stagnation und einer rezessiven Entwicklung im produzierenden Bereich zu sprechen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartete Mitte November, daß das reale Bruttosozialprodukt im vierten Quartal 1992 nur etwa

¹ Die Zeit, 11. Dezember 1992, S. 9.

das vorjährige Niveau erreichen wird.² Für das dritte Vierteljahr hat das Statistische Bundesamt ebenfalls ein gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum unverändertes Ergebnis ermittelt. Besonders ins Gewicht fiel der Produktionsrückgang im verarbeitenden Gewerbe. Hier sank die Produktion, verglichen mit dem Vorjahr, sowohl im zweiten als auch im dritten Vierteljahr 1992 um jeweils 1,5 Prozent. Allein im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe war die Produktion im dritten Vierteljahr um etwa 3 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Für das vierte Quartal muß nach der Prognose des DIW zudem von einem verstärkten Rückgang der Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe (Industrie und Handwerk) ausgegangen werden. Gegenüber Februar 1992 seien die Auftragseingänge aus dem Inland real um 7,5 Prozent und die aus dem Ausland sogar um fast 10 Prozent gesunken. Und im Oktober 1992 waren die um die Preissteigerungsrate bereinigten Bestellungen bei westdeutschen Industriefirmen aus dem Inland um 8 Prozent und aus dem Ausland sogar um 13,2 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

Spätestens seit 1989/90 befindet sich die Weltwirtschaft in einer Abschwungphase mit teilweise rezessiven Erscheinungen. Bis 1991 galt für die Bundesrepublik jedoch eine Ausnahmesituation: Die Vereinigung Deutschlands hat einen enormen Boom zur Folge gehabt, die gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten betragen real 4,9 Prozent im Jahre 1990 und 4,5 Prozent im ersten Halbjahr 1991. Der Boom wirkte nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in unseren Nachbarländern wie eine Konjunkturlokomotive. Er überdeckte bei uns die weltwirtschaftliche Flaute. Da die Bundesrepublik ein stark vom Export abhängiges Land ist, wirkt sich die weltwirtschaftliche Schwäche allerdings nunmehr um so stärker aus. Ende November 1992 waren allein in den alten Bundesländern 1,88 Millionen Arbeitslose registriert, 266 000 mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg im gleichen Zeitraum sogar um 274 000 auf 478 000.

Was nun das Jahr 1993 anbelangt, so wurden die Prognosen zum Jahresende 1992 hin immer ungünstiger. Die meisten Konjunkturbeobachter gehen davon aus, daß wenigstens für das erste Halbjahr 1993 in Westdeutschland mit einer „milden Rezession“ gerechnet werden muß. So rechnet zum Beispiel das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung für die erste Jahreshälfte mit einem Rückgang des realen Brutto-sozialprodukts gegenüber 1992 um 1,5 Prozent. Die konjunkturreue Talsohle würde erst Mitte des Jahres durchschritten. In der zweiten Jahreshälfte 1993 würde es zu einer Trendwende und zu einem, zunächst freilich geringen, realen Wachstum von 0,5 Prozent kommen. Dabei soll eine sich bereits jetzt abzeichnende allmähliche Belebung der Weltkonjunktur den wichtigsten Auftrieb bringen. Dennoch dürften die Investitionen in Westdeutschland 1993 um fast ein Zehntel niedriger sein als 1992. Und natürlich wird die Arbeitslosigkeit bei dieser konjunkturellen Konstellation weiterhin zunehmen: Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen mit zusätzlichen 350 000 bis 400 000 Arbeitslosen, das wäre ein Anstieg auf insgesamt rund 2,2 Millionen.

Die aktuelle Wirtschaftslage wird nicht selten dahingehend kommentiert, daß es sich im industriellen Bereich Westdeutschlands eigentlich um eine Normalisierung nach einem gewaltigen Vereinigungsboom handelt; da könnten Produktionsrückgänge gar nicht verwunderlich sein. Tatsächlich waren zum Beispiel bei den Ausrüstungsinvestitionen außergewöhnlich hohe Zuwachsraten zu verzeichnen gewesen, 1990 von real 13,1 Prozent und im ersten Halbjahr 1991 von 13,4 Prozent. Die im Vergleich zu 1991 bereits rückläufigen realen Ausrüstungsinvestitionen des Jahres 1992 lagen noch um mehr als 18 Prozent höher als die des Jahres 1989. Dennoch: In „normalen“ Zeiten mag eine vorübergehende, kurzfristige Schrumpfung der Produktion nach einem mehrjährigen Boom hinzunehmen und vielleicht sogar erwünscht sein. Aber wegen der Krise in weiten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft, insbesondere in der Industrie, muß die

² DIW-Wochenbericht, 19. November 1992.

Wirtschaftspolitik alles daran setzen, auch im Westen eine Trendwende zu erreichen und so schnell wie möglich zu einem befriedigenden Wirtschaftswachstum zurückkehren.

Katastrophale Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland

In den neuen Bundesländern ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt katastrophal. Seit 1989 sind rund 4 Millionen VoUzeitarbeitsplätze abgebaut worden. Ende 1992 waren nur noch rund 5,5 Millionen Personen vollzeitig beschäftigt (ohne ABM mit 400 000 Personen). 1,2 Millionen Arbeitslose waren bei den Arbeitsämtern gemeldet und weitere 1,8 Millionen waren von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen betroffen (Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungs- und Bildungsmaßnahmen, Vorruhestand). Die registrierte und verdeckte Arbeitslosigkeit lag also bei rund 3 Millionen, ohne die etwa 425 000 Pendler, die im Westen arbeiten. Für 1993 rechnen die Konjunkturforscher mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern um 200 000 bis 300 000 Personen. Besonders gravierend ist der Verlust von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe: Von früher 3,3 Millionen Beschäftigten sind nur noch 1,1 bis 1,2 Millionen übriggeblieben.

Die Wirtschaftsergebnisse waren 1992 in den neuen Bundesländern schlechter als erwartet. Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion bis Mitte 1991 drastisch gesunken war, hat sie 1992 von ihrem niedrigen Niveau aus nur um 3,5 bis 4 Prozent zugenommen. Dabei ist die Entwicklung zwischen den Branchen sehr unterschiedlich. Im Aufwind befindet sich die Bauwirtschaft, im Dienstleistungsbereich hat sich die gute Entwicklung fortgesetzt, und auch die Lage im Handel verbessert sich zunehmend. Im gesamten tertiären Bereich wurden 1992 gegenüber 1991 Zuwachsraten erzielt. In einigen Industriebranchen ist ebenfalls eine Belebung der Produktion zu verzeichnen, insbesondere wenn sie konsumnahe oder regionale Märkte bedienen. Insgesamt ist die ostdeutsche Industrie jedoch noch nicht aus der Talsohle heraus. In der Investitionsgüterindustrie lag die Produktion im dritten Vierteljahr sogar noch um etwa 10 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Die Auftragseingänge bei Industriefirmen sind bis zum Jahresende gesunken und die Auftragsbestände weitgehend abgebaut. Wichtigste Gründe für den Nachfragemangel sind der fast völlige Zusammenbruch des Exportgeschäfts mit den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die vielfach noch ungenügende Wettbewerbsfähigkeit auf westlichen Märkten, aber auch die geringe Aufnahmefähigkeit selbst guter ostdeutscher Waren infolge der gegenwärtigen weltweiten Konjunkturschwäche.

Unterschiedliche Voraussagen machen die Wirtschaftsforschungsinstitute über den realen Zuwachs des Bruttosozialproduktes in Ostdeutschland im Jahre 1993; sie liegen zwischen 5 und 8 Prozent. Allen gemeinsam ist die Annahme einer weiteren Zunahme der Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern. Private und öffentliche Anlageinvestitionen zusammen sind bereits 1992 real um fast 25 Prozent auf rund 100 Milliarden DM gestiegen, wovon etwa 60 Milliarden DM auf Unternehmensinvestitionen entfielen. Aufgrund der gegenwärtigen Investitionspläne erwartet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung 1993 ein weiteres Ansteigen der Anlageinvestitionen um real 23 Prozent. Ähnlich günstig, wenn auch nicht ganz so hoch, sind die Voraussagen der anderen Institutionen.

Besonders bemerkenswert ist eine Feststellung im neuesten Jahresgutachten des Sachverständigenrates: Auf der einen Seite stehen die gravierenden Absatzschwierigkeiten ostdeutscher Unternehmen und die damit verbundenen Beschäftigungsverluste. „Auf der anderen Seite stand ein weiterhin kräftiger Anstieg der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Das Nachfragevolumen lag im Jahre 1992 ungefähr doppelt so hoch wie die eigene Produktion. Aus Westdeutschland und dem Ausland

wurden Güter im Werte von rund 260 Milliarden DM bezogen. Dem standen Lieferungen nach Westdeutschland und Exporte von zusammen rund 75 Milliarden DM gegenüber".³ Der Anteil der Investitionsgüter an der Gesamtnachfrage habe merklich zugenommen, wird im Gutachten positiv vermerkt.

Was ist bei der dargestellten wirtschaftlichen Entwicklung in Ost und West zu tun? Ist eine speziell die Investitionsnachfrage belebende staatliche Finanzpolitik, etwa im Sinne der Theorie von Keynes, das richtige Mittel? Oder muß in Westdeutschland eine strikte Sparpolitik durchgesetzt werden? Sind Lohnerhöhungen, die die vorausgesagten Preissteigerungen von mindestens 3,5 Prozent ausgleichen sollen, „eigentlich schon zuviel“, wie die Bundesbank und mit ihr einige „Weise“ meinen? Die Antwort ist, daß es kein einfaches Rezept zur Lösung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gibt, denn die Ursachen sind vielfältig, sie sind sowohl konjunkturell als auch strukturell.

Was Ostdeutschland anbelangt, so ist es natürlich erfreulich, wenn der Sachverständigenrat feststellt, daß die Nachfrage weiter kräftig ansteigt. Doch dabei ist zu bedenken, daß insbesondere die Verbrauchernachfrage zu einem erheblichen Teil nicht durch eigene Arbeitsleistung finanziert werden kann, und daß die Nachfrage nach ostdeutschen Produkten viel zu niedrig ist. Das hat viel mit dem ostdeutschen Angebot zu tun, und es geht nicht nur um kostengünstige Produktion von Erzeugnissen, die auf den westlichen Märkten wettbewerbsfähig sind. Woran es selbst bei wettbewerbsfähigen Produkten oft fehlt, sind erfolgreiche Marketingstrategien, wirkungsvolle Werbung, aktive Verkaufspolitik, sorgfältige Kundenpflege und ein effektives Vertriebssystem. Das sind betriebliche Funktionen, die es in den DDR-Betrieben entweder gar nicht oder nur sehr beschränkt gab, die aber für westliche Unternehmen lebenswichtig sind. Es ist sicher kein Zufall, daß privatisierte ostdeutsche Betriebe in westlichem Eigentum oder mit westlicher Beteiligung die größten Absatzchancen im Westen haben. Dabei spielt freilich auch eine Rolle, daß ihnen größtenteils die Kundenkarteien und die Vertriebswege der beteiligten westlichen Firmen zur Verfügung stehen.

Dies spricht für Vorschläge, nach denen westdeutsche Firmen Patenschaften für branchengleiche ostdeutsche Firmen übernehmen sollten. Nicht zuletzt ist der Mangel an erfahrenen Managern, die sich im Westgeschäft auskennen, eine Ursache für die Absatzschwierigkeiten ostdeutscher Betriebe. Die Managerlücke kann freilich nicht kurzfristig geschlossen werden. Ob und in welchem Umfang westdeutsche Unternehmen Hilfestellung geben würden, das dürfte wesentlich von der Wirtschaftspolitik abhängen, die für Westdeutschland 1993/94 betrieben wird.⁴

In Ostdeutschland geht es sowohl um eine Verbesserung des Angebots als auch um eine noch stärkere Belebung der Nachfrage, insbesondere im Bereich der Investitionen. Nach Ansicht der Forschungsinstitute ist die staatliche Förderung privater Investitionen ausreichend, kritisiert wird jedoch die Zersplitterung der Fördermaßnahmen, bei der selbst Sachbearbeitern der Überblick verloren gehe. Die Institute fordern deshalb eine Konzentration der Mittel auf die bestehende Investitionszulage, die bei Wegfall anderer Vergünstigungen erhöht werden könnte.⁵ Beklagt wird ferner die schleppende Genehmigungspraxis der zuständigen Behörden, insbesondere im Bauwesen. Das Personal in den Ämtern sei völlig überfordert. Die Bereitstellung von mehr

³ Auszüge aus Presseartikeln, hrsg. von der Bundesbank, 19. November 1992.

⁴ Siehe die vom DIW und vom Institut für Weltwirtschaft veröffentlichten Berichte über „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland“, insbesondere 7. Bericht, DIW-Wochenbericht, 23. Dezember 1992, S. 728/29.

⁵ Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse, 6. Bericht, DIW-Wochenbericht, 24. September 1992.

fachkundigem Personal wäre manchmal sicherlich hilfreicher als eine zusätzliche Investition.

Staatliche Wachstumsspritzen und Konsolidierungspolitik

Doch nun zu Westdeutschland, dessen Volkswirtschaft 93 Prozent des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Wer Ostdeutschland helfen will, der muß seine Wirtschaftspolitik darauf ausrichten, daß die westdeutsche Wirtschaft so schnell wie möglich wieder auf den Wachstumspfad von real 2 bis 3 Prozent zurückkehrt. „Diese Voraussetzung kann durch eine noch so gute Investitionsförderung nicht ersetzt werden“,⁶ weil nur unter dieser Bedingung westdeutsche Unternehmer bereit sein werden, in den neuen Bundesländern zusätzliche Produktionskapazitäten aufzubauen, ostdeutsche Produkte abzunehmen und in größerem Umfang Managementhilfen zu geben. Erfahrene Wirtschaftspolitiker wissen, daß sich Strukturprobleme am besten bei guter Konjunktur lösen lassen — und in Ostdeutschland sind gewaltige Strukturprobleme zu lösen.

Für Westdeutschland ergibt sich eine Zweiteilung der Wirtschaftspolitik: Es muß zwischen einer kurzfristigen, sehr rasch in diesem Jahr und 1994 wirkenden Wachstumspolitik und einer längerfristig angelegten Konsolidierungspolitik unterschieden werden. Die Konsolidierungspolitik sollte erst beginnen, nachdem die westdeutsche Volkswirtschaft sich wieder auf dem Wachstumspfad von jährlich 2,5 bis 3 Prozent realem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts befindet. Sie könnte aber bereits in diesem Jahr als zweiter Teil eines „Paktes der Vernunft“ geplant und in großen Zügen zwischen den beteiligten Gruppen vereinbart werden. Dies hätte unter anderem den Vorteil, daß rechtzeitig möglichen Übersteuerungen bei der staatlichen Wachstumspolitik entgegengewirkt werden könnte.

In diesen Wochen ist indes eine Politik staatlicher Belebung und Förderung des Wirtschaftswachstums das Gebot der Stunde. Die Lage im Westen ähnelt einer Keyneschen Situation: Die Produktionskapazitäten sind ungenügend ausgelastet, das Volumen der Produktionsanlagen steigt weiter — 1992 und 1993 um jeweils zwei bis drei Prozent - und zugleich steigt die Arbeitslosigkeit. Es besteht gegenwärtig kein Anlaß zur Besorgnis um inflatorische Tendenzen, zumal die Einfuhrpreise spürbar gesunken sind. Wichtigste Ansatzpunkte einer Wachstumspolitik sind zur Zeit der private Verbrauch und der Wohnungsbau. Beide Wirtschaftsbereiche sollten durch staatliche Förderung im Volumen erheblich ausgeweitet werden. Unter anderem ist erforderlich:

- In diesem Jahr darf es im ganzen keinen Stellenabbau im öffentlichen Bereich und keine Kürzungen von Sozialleistungen geben. Statt dessen sollte es dort zu merklichen Neueinstellungen kommen, wo ein dringender gesellschaftlicher Bedarf besteht, zum Beispiel bei der Jugend- und Sozialarbeit, bei den Kindergärten, im Schulwesen, bei der Polizei (vor allem zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität).
- Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Heraufsetzung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer sollte bereits mit Wirkung vom 1. Januar 1993 erfolgen. Es darf jedoch keinen vollen Ausgleich der Mindereinnahmen geben.
- Eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende muß die bestehende einseitige Belastung der Arbeitnehmer bei der Finanzierung der einigungsbedingten Aufwendungen der Rentenversicherungen und bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Ostdeutschland beseitigen. Die Ergänzungsabgabe tritt also an die Stelle von erhöhten Beiträgen zur Sozialversicherung, mit der zur Zeit Kosten der Einheit finanziert werden.

⁶ Strukturwandel im Prozeß der deutschen Vereinigung, DIW-Wochenbericht, 26. November 1992.

- Mit den Tariflohnerhöhungen dieses Jahres sollte auf jeden Fall die Kaufkraft der Löhne und Gehälter gesichert werden. Reallohnsenkungen passen nicht in das Bild einer von Rezession bedrohten Volkswirtschaft.
- Mit einem groß angelegten Investitionsprogramm sollte der Bau von jährlich mindestens 100 000 zusätzlichen Wohnungen, vor allem im sozialen Wohnungsbau, gefördert werden. Immerhin fehlen im alten Bundesgebiet etwa 1,5 Millionen Wohnungen. Bevorzugt sollte zunächst die Förderung von Projekten sein, die kurzfristig ausgabewirksam werden können.
- Die Bundesbank ist aufgefordert, ihre Zinspolitik zu revidieren. Mit einer Senkung des Diskontsatzes und anderen geldpolitischen Maßnahmen könnte die Bundesbank ihren neben der Sicherung des Geldwertes zweiten gesetzlichen Auftrag, nämlich die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu unterstützen, besser als heute erfüllen.

Die Finanzierung der dargestellten Maßnahmen muß zum größten Teil zunächst über den Kapitalmarkt erfolgen. Sobald die Nachfragestimulierung wirkt, werden die Ausgaben teilweise durch zusätzliche Steuereinnahmen gedeckt werden können. „Schließlich ist es sinnvoll, wenn der Staat sich zugunsten der ostdeutschen Gesundung weiter verschuldet“, meint Claus Köhler, ehemaliges Mitglied des Direktoriums der Bundesbank. „Die Finanzierung der Deutschen Einheit ist ein säkulares Unterfangen. Die Lasten sollte nicht auf die jetzige Generation tragen. Die Früchte der Einheit werden auch erst im Laufe der Zeit voll spürbar. Es ist daher angebracht, bei der Finanzierung der Deutschen Einheit den Schwerpunkt auf die Mittelaufnahme am Kapitalmarkt zu legen.“⁷

Die Einheit Deutschlands ist eine Aufgabe von einmaliger geschichtlicher Bedeutung und Größe. Deshalb sollten auch unkonventionelle Vorschläge zur teilweisen Finanzierung des Einigungsprozesses bedenkenswert sein. So hat die IG-Bau-Steine-Erden vor einigen Wochen ein Hundert-Milharder-DM-Investitionsprogramm gefordert, zu dessen Finanzierung die Bundesbank beitragen könnte: „Sie könnte in fünf bis sechs Jahren ihre gesamtwirtschaftlich völlig nutz- und zinslos herumliegenden Goldreserven verkaufen.“⁸ Wirtschaftspolitischer Berater der Gewerkschaft ist der frühere Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg, der schon seit längerem ähnliche Vorschläge vorgelegt hat. Die in der Bundesbankbilanz in Höhe von 13,7 Milliarden DM verbuchten Goldreserven sind übrigens sehr niedrig bewertet; ihr Verkaufswert würde ein Mehrfaches betragen.

Nicht nur auf die Einbeziehung der Goldbestände, sondern der gesamten Währungsreserven in die Finanzierung der Einheit zielt ein Vorschlag des Währungsexperten Wilhelm Hankel. „Denn bei der von der Bundesbank verwalteten Währungsreserve (...) handelt es sich nicht um Tafelsilber zum Vorzeigen. Sie ist das Sparbuch der Nation, das just für den Fall angelegt und gefüllt wurde, der jetzt droht; daß eine Konjunktur überbrückt werden muß und nicht abgewürgt werden darf.“⁹ In der dritten Dezemberwoche hatte die Bundesbank Währungsreserven in Höhe von 148,5 Milliarden DM. Das waren 51 Milliarden DM mehr als Ende 1991 und 48,5 Milliarden DM mehr als Ende 1989. Die Währungsreserven sind also im Zuge der Vereinigung nicht geschrumpft, sondern kräftig angeschwollen.

Übrigens „flößen der Bundesbank im September durch eigene oder über sie finanzierte Stützungskäufe von EWS-Währungen Devisen in der Größenordnung von 93 Milliarden DM zu.“¹⁰ Als Folge der Turbulenzen im Europäischen Währungssystem (EWS)

⁷ Claus Köhler, Finanzierung der Einheit — Risiken, Aufgaben, Konzeptionen, Auszüge aus Presseartikeln, hrsg. von der Bundesbank, 9. Oktober 1992.

⁸ Handelsblatt, 3. November 1992.

⁹ Handelsblatt, 3. Dezember 1992.

¹⁰ Monatsberichte der Bundesbank, 12/1992, S. 40.

stiegen die Währungsreserven bis Ende September 1992 auf 181,5 Milliarden DM an, das waren gut 81 Milliarden DM mehr als Ende Juli 1992. Inzwischen haben die Notenbanken der EWS-Partner die Interventionskredite in erheblichem Umfang wieder zurückgezahlt. Wenn keine Bedenken dagegen bestehen, daß unsere Währungsreserven für Interventionen zugunsten ausländischer Währungen im Rahmen des EWS verwendet werden, dann stellt sich die Frage, ob es nicht auch gerechtfertigt ist, die deutschen Währungsreserven bei der Finanzierung der deutschen Einheit einzusetzen. Diese Frage drängt sich auch deshalb auf, weil aufgrund des Vertrages von Maastricht Ende der neunziger Jahre zugleich mit der Abschaffung der D-Mark die deutschen Währungsreserven auf die europäische Zentralbank übertragen werden sollen.